

„Lebensmittelpreise beeinflussen die gesellschaftliche Stimmung“

Silvia Breher

Geboren 1973 in Lönningen, seit 2017 Mitglied der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, seit 2025 Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat, seit 2019 stellv. Vorsitzende der CDU und seit 2025 Beauftragte der Bundesregierung für Tierschutz.

Über gestiegene Lebensmittelpreise, die Ernährungsnotfallvorsorge und eine wettbewerbsfähige Landwirtschaft

Frau Staatssekretärin Breher, Sie kommen aus dem Oldenburger Münsterland und sind auf einem Bauernhof aufgewachsen. Wie hat das ihr Verhältnis zu Lebensmitteln geprägt?

Ich habe von klein auf erlebt, wie Lebensmittel entstehen, welche Arbeit dahintersteckt und wie eng Qualität, Tierwohl und Verantwortung miteinander verbunden sind. Das hat meinen Blick auf Lebensmittel bis heute geprägt.



„Lebensmittel wachsen nicht im Supermarkt“ lautete ein Slogan bei den „Bauernprotesten“ 2023/24. Weshalb war es notwendig, die Gesellschaft an diese grundlegende Realität zu erinnern?

Unsere bäuerlichen Familienbetriebe versorgen uns jeden Tag mit dem, was wir zum Leben brauchen. Ohne wirtschaftlich starke und wettbewerbsfähige Landwirtschaft keine Ernährungssicherheit – das ist die einfache Wahrheit. Das zeigt, wie wichtig eine regionale Landwirtschaft und faire Wettbewerbsbedingungen für uns alle sind. Mit den Bauernprotesten haben die Landwirte vor allem deutlich gemacht, unter welchen schwierigen Rahmenbedingungen sie tagtäglich arbeiten. Daher wollen wir sie dort gezielt fördern, wo Landwirtinnen und Landwirte nachhaltig wirtschaften, Verantwortung übernehmen und Leistung für die Gesellschaft bringen. Deshalb setzen wir uns auf Ebene der Europäischen Union für eine Agrarpolitik ein, die nah an der Realität der Höfe dran ist und sie nicht ausbremst.

Welche Rolle spielen Lebensmittelpreise als Indikator für soziale Zufriedenheit und politische Akzeptanz?

Ernährung ist ein Grundbedürfnis. Die Menschen spüren Preissteigerungen unmittelbar im Alltag – stärker als viele andere wirtschaftliche Entwicklungen. Das kann Unzufriedenheit und Vertrauensverlust in die

Politik auslösen. Ein aktuelles Beispiel ist die anhaltende Debatte in Deutschland über hohe Lebensmittelpreise trotz sinkender Inflation: Verbraucher klagen über dauerhaft hohe Preise, während Landwirte gegen niedrige Erzeugerpreise protestieren. Diese Spannungen zeigen, wie sensibel das Thema ist und wie stark Lebensmittelpreise sowohl gesellschaftliche Stimmung als auch politische Diskussionen beeinflussen. Unser Ansatz ist, für bessere Rahmenbedingungen für unsere Landwirtinnen und Landwirte zu sorgen. Das heißt, die Wettbewerbsfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe zu stärken, weniger Bürokratie, gezielte EU-Agrarförderung, passgenau und verlässlich. Das schafft Planungssicherheit. Meine Überzeugung ist: Wenn wir Landwirte entlasten, profitieren auch die Verbraucher – weil gute Lebensmittel zu fairen Preisen im Regal bleiben.

Nach Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine sind die Lebensmittelpreise zum Teil sprunghaft angestiegen. Wie haben Sie die Reaktionen und Gespräche der Menschen in ihrem Wahlkreis damals erlebt?

Seit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine habe ich viele sehr offene und ehrliche Gespräche mit Bürgerinnen und Bürgern geführt. Viele waren verunsichert, weil die Auswirkungen des Krieges plötzlich unmittelbar spürbar waren – beim Einkauf, beim Tanken und beim Heizen. Die Bedeutung von sicherer Versorgung mit Lebensmitteln und Energie ist in den Fokus gerückt.

Welche konkreten Auswirkungen hat der starke Preisanstieg – seit 2019 um etwa 37 Prozent – auf die Bürger?

Die gestiegenen Preise sind für viele bei jedem Einkauf spürbar. Die Lebenshaltungskosten steigen insgesamt, Lebensmittel sind da nur ein Faktor. Insgesamt zeigt die Entwicklung der Verteilung der Konsumausgaben aber auch, dass die Verbraucher immer weniger von ihrem Einkommen für Lebensmittel ausgeben. Waren es in den 1980er-Jahren noch 20 Prozent, sind es heute 14 Prozent. Das zeigt, dass viele Menschen reagieren und bewusster einkaufen, Preise vergleichen und auf günstigere Produkte umschwenken. Auch unser Ernährungsreport 2025 bestätigt, dass der Preis für viele Menschen wieder stärker in den Vordergrund rückt. Daher ist es wichtig, Lebensmittel nicht noch künstlich durch staatliche Aufschläge zu verteuern, etwa durch eine höhere Mehrwertsteuer auf Fleisch.

Sozial schwache Haushalte sind von steigenden Lebensmittelpreisen besonders stark betroffen. Sollte die Mehrwertsteuer auf Obst, Gemüse und Hülsenfrüchte, auch aus gesundheitlichen Aspekten, abgeschafft werden?

Ich stelle mich da nicht in den Weg – aber das muss nun mal der Finanzminister entscheiden. Angesichts des engen Bundeshaushalts fehlt mir allerdings die Phantasie, wie Steuersenkungen möglich sein sollen. Wir müssen realistisch bleiben; solche Forderungen müssen am Ende auch bezahlbar sein.

Wie beurteilen Sie die Versorgungssicherheit in Deutschland, nicht zuletzt im Hinblick auf mögliche Krisen-, Konflikt- oder Katastrophenszenarien?

Wir leben in einer neuen sicherheitspolitischen Realität, in der geopolitische Spannungen und Bedrohungen Deutschland unmittelbar betreffen. Der Anschlag auf das Stromnetz in Berlin – über 45.000 Haushalte und etwa 2.200 Gewerbebetriebe hatten keinen Strom, einige sogar vier Tage lang – ist ein aktuelles Beispiel. Davor dürfen wir die Augen nicht verschließen. Vorsorge bedeutet, rechtzeitig zu handeln, bevor Notfälle eintreten. Genau das tun wir seit den 1960er-Jahren mit der staatlichen Ernährungsnotfallvorsorge. Auch wenn wir die Notreserve an Getreide oder Linsen bislang nie nutzen mussten, hat sie sich bewährt – sie ist unser Sicherheitsnetz im Ernstfall. Bundeslandwirtschaftsminister Alois Rainer hat vorgeschlagen, diese Notreserve zu modernisieren: mit Lebensmitteln, die sofort verzehrfertig sind und im Krisenfall nicht erst noch verarbeitet werden müssten. Außerdem halte ich es für entscheidend, die Landwirtschaft in Krisenübungen einzubeziehen. Funktionierte die Landwirtschaft nicht mehr, stehen wir vor gravierenden Problemen: Wenn Futtermittel fehlen oder Wasser für Tiere nicht verfügbar ist, drohen Kettenreaktionen entlang der gesamten Wertschöpfungskette. So weit darf es nicht kommen. Hier braucht es insgesamt ein Update.

Die Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland hat sich seit 2000 um etwa 45 Prozent reduziert. Sind die vielfältige Agrarstruktur und die Versorgungssicherheit in Deutschland dadurch in Gefahr?

Der Rückgang der Betriebe ist ein ernstes Signal. Eine vielfältige Agrarwirtschaft ist zentral für Versorgungssicherheit und lebendige ländliche Räume. Wo ein Hof stirbt, geht immer auch ein Stück Heimat verloren. Wir müssen jungen Menschen wieder mehr Lust darauf machen, einen Hof zu übernehmen oder eine Karriere in der Landwirtschaft zu verfolgen. Mein Anspruch ist klar: Ich möchte, dass wir für unsere landwirtschaftlichen Betriebe die Planungssicherheit und verlässlichen Rahmenbedingungen geben, die sie benötigen, um eine Zukunftsperspektive zu haben und wettbewerbsfähig zu sein. Wettbewerbsfähig zu sein, bedeutet, sich auf Märkten mit Preis und Qualität behaupten zu können. Dafür haben wir ein ganzes Maßnahmenbündel geplant: Neben dem Rückbau von Bürokratie, die Arbeitskapazitäten bindet und erhebliche

Kosten verursacht, wollen wir die Produktivität durch Innovationen und Digitalisierung steigern, genehmigungsrechtliche Hürden für den Stallumbau reduzieren, den internationalen Agrarhandel stärken, die Energiekosten senken sowie steuerliche Entlastungen schaffen. Erste Maßnahmen haben wir bereits umgesetzt, wie die Abschaffung der Stoffstrombilanzierung und die Wiedereinführung der Agrardieselrückvergütung. Die nächsten Schritte sind in Vorbereitung.

Im Jahr 2020 hat Deutschland etwa 353 verschiedene Lebensmittel aus 175 Ländern importiert. Welche Rolle spielt die internationale Verflechtung bei der Lebensmittelproduktion?

Ohne internationalen Handel hätten wir keine so große Vielfalt auf unseren Tellern. Deutschland ist nicht nur Importland, sondern auch ein verlässlicher Exportpartner für hochwertige, sichere und nachhaltige Agrar- und Lebensmittel. Jeder dritte Euro der deutschen Ernährungswirtschaft wird im Außenhandel erzielt. Der Export stärkt die heimische Landwirtschaft, auch die Landtechnik gehört dazu.

Wie sehen Sie die deutsche Agrarwirtschaft hinsichtlich ihrer Marktposition und Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Vergleich aufgestellt?

„Made in Germany“ ist ein Exportschlager. Wir müssen aber auch daran arbeiten, dass das so bleibt. Die weltweiten Veränderungen der politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen stellen die Wirtschaft vor große Herausforderungen. Hinzu kommt die internationale Verunsicherung gegenüber den USA durch das Hin und Her ihrer Zollpolitik und ihren Protektionismus. Wir setzen auf das genaue Gegenteil: den offenen, regelbasierten Handel. Mit unserer gerade veröffentlichten Agrarexportstrategie, die ein ganzes Maßnahmenpaket enthält, wollen wir die Marktposition deutscher Unternehmen der Agrarbranche gezielt stärken. Wir unterstützen die Betriebe bei der Erschließung neuer Absatzmärkte und beim Marktzugang und stärken sie im internationalen Wettbewerb. Agrarexporte werden damit zu einer politischen Priorität. Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, dass die Europäische Union ihre Handelsbeziehungen breiter aufstellt. Das Mercosur-Abkommen ist der richtige Weg, aber Freihandel darf es nicht zu jedem Preis geben. Es ist daher gut und richtig, dass die Europäische Union das Abkommen mit robusten Schutzklauseln flankiert. Diese Notbremse muss auch dann gezogen werden, wenn die Importe über Gebühr steigen.

Kinder sind unsere Zukunft. Wie bewerten Sie die Tatsache, dass Studien ein problematisches Ernährungsverhalten bei Kindern und Jugendlichen in Deutschland aufzeigen?

Ungesunde Ernährung oder Übergewicht ist nicht nur eine Frage individueller Entscheidungen, sondern auch eine Frage der Ernährungsbildung, mangelnder Bewegung und des sozialen Umfelds. Deshalb setzen wir auf Ernährungsbildung, gute und ausgewogene Angebote in Kitas und Schulen. Wir wollen Kindern und Jugendlichen gesunde Ernährung praktisch und im Alltag näherbringen, und zwar ganz ohne Verbote. Uns ist wichtig, dass alle einen Zugang zu einer regional verankerten, ausgewogenen Ernährung haben.

Deshalb planen wir im Landwirtschaftsministerium, gemeinsam mit dem Gesundheitsministerium und dem Familienministerium, eine Kampagne zu starten, die den Fokus auf den Zusammenhang von gesunder Ernährung und Bewegung legen wird. Darüber hinaus werden wir die in der letzten Legislaturperiode beschlossene Ernährungsstrategie nachjustieren und vor allem Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene sowie Seniorinnen und Senioren in den Blick nehmen.

Die Fragen stellte Ralf Thomas Baus schriftlich am 15. Dezember 2025.